



Arbeit in Qualifizierungsbetrieben
nutzt Menschen - und dem Klima!

KAMPAGNE DER BAG INTEGRATION DURCH ARBEIT

Vergesst die Arbeitslosen nicht!

Die Caritas in NRW ruft dazu auf, Beschäftigung und Qualifizierung für Langzeitarbeitslose weiter und dauerhaft zu fördern. Die Bundesregierung müsse deutlich mehr Mittel für öffentlich geförderte Beschäftigung zur Verfügung stellen, fordert der Paderborner Diözesan-Caritasdirektor Ralf Nolte. Er wies darauf hin, dass zuvor langzeitarbeitslose Menschen in Qualifizierungs- und Beschäftigungsbetrieben einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Von Dienstleistungen und Produkten der gemeinnützigen Beschäftigungs- und Qualifizierungsbetriebe profitiere auch die Umwelt, sagt Nolte: „Stromspar-Check, Sozial-Kaufhäuser, Upcycling-Label wie EiNZIGWARE oder Fahrradwerkstätten an Radstationen bieten Langzeitarbeitslosen Be-

schäftigung und Einkommen und dienen gleichzeitig dem Klimaschutz.“ Die Caritas in NRW unterstützt dabei die Kampagne der BAG „Integration durch Arbeit“.

Die Caritas sei seit Langem der Überzeugung, dass es sinnvoller sei, „gute Arbeit statt unfreiwillige Arbeitslosigkeit zu finanzieren und dabei mit nachhaltigen und ökologischen Initiativen auch noch einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten“, betont Nolte. Investitionen in den Klimaschutz müssten auch soziale Aspekte berücksichtigen. Arbeitslose und einkommensarme Menschen würden bislang am wenigsten von der Klimapolitik profitieren.

NRW fördert Radstationen und Stromspar-Check

Nolte verweist auf das Beispiel der Radstationen: „Das Land NRW lässt hier zu viele Chancen ungenutzt. Wer den Ausbau von Radwegen und den Umstieg vom Auto auf die Schiene in NRW forciert, muss auch den Auf- und Ausbau von Radstationen unter-

stützen.“ Da müsse die Landesregierung nachlegen. „Es geht um frischen Wind für ein echtes NRW-Vorzeigeprojekt!“, betont der Caritasdirektor.

Seit 1995 sind in NRW rund 70 Radstationen vor allem an Bahnhöfen eingerichtet worden. Wenn sie auch Service-Angebote wie Reparatur oder Verleih von Fahrrädern anbieten, handelt es sich oft um Qualifizierungs- und Beschäftigungsbetriebe für benachteiligte Jugendliche oder langzeitarbeitslose Erwachsene, etwa in den von Caritasverbänden oder IN VIA betriebenen Radstationen in Bonn, Köln, Neuss, Dormagen, Grevenbroich, Rommerskirchen, Haltern am See, Ahlen und Rheine.

Besondere Akzente setzt Nordrhein-Westfalen auch im Stromspar-Check: Schon seit 2016 gibt es im Stromspar-Check in Nordrhein-Westfalen bis zu 200 Euro Zuschuss für den Tausch eines alten gegen ein neues, effizientes Kühlgerät. Den zusätzlichen NRW-Gutschein können Haushalte mit geringem Einkommen erhalten, wenn sie die kostenlose Energiesparberatung nutzen.

Das Erfolgsmodell Stromspar-Check lief auch im Jahr 2022 auf NRW-Ebene nach einer unkomplizierten Verlängerung parallel zum Bundesprojekt weiter. So konnten durch die Beratung der 28 beteiligten Träger in ganz NRW im Jahr 2022 insgesamt 637 Kühlgeräte getauscht werden.

Nolte: „Bei den Beratungen im Stromspar-Check stößt der Kühlgerätetausch nach wie vor auf großes Interesse. Der Ansatz und die Ziele des trägerübergreifenden Projektes in NRW haben sich bewährt und stellen eine wirkungsvolle Unterstützung für finanzschwache Haushalte dar. Wir sind der Landesregierung sehr dankbar, dass die Laufzeit des Projektes bis Ende 2023 verlängert wurde, und wünschen uns konstruktive Verhandlungen für eine Weiterförderung auch darüber hinaus.“

📄 www.radstation-nrw.de/die-idee

📄 www.stromspar-check.de

#klimaschützenchancen-schaffen



AUSGABE MAI 2023

Die Redaktion freut sich über Zuschriften, Anfragen, Anregungen und Kommentare.

Besuchen Sie uns im Netz oder schreiben Sie uns unter:

- 🏠 caritas-nrw.de/nachrichten
- 📘 facebook.de/caritas_in_NRW
- ✉️ redaktion@caritas-nrw.de

OGS-Träger: „Uns steht das Wasser bis zum Hals“

Etliche Träger der Offenen Ganztagsangebote in NRW sind in den vergangenen Monaten in eine finanzielle Schiefelage geraten. Die pauschalen Vergütungen reichen nicht, um die erheblichen Tarif- und Kostensteigerungen aufzufangen. Ein Ausstieg der Caritas aus dem Arbeitsfeld der Offenen Ganztagschulen wäre ein Desaster für das Land.

Die Finanzierungsstruktur des Offenen Ganztags macht die Lage unübersichtlich und erschwert einfache Lösungen: So erhalten die Träger der OGS für Bildung, Erziehung und Betreuung eine Landesförderung und einen garantierten Zuschuss der Kommune pro Platz. Die Landeszuwendungen wie auch die kommunalen Anteile sind jährlich mit drei Prozent dynamisiert.

Eltern müssen in der Regel einen Eigenbeitrag an die Kommune entrichten (der sozial gestaffelt ist) und für das Mittagessen bezahlen, falls die OGS Verpflegung anbietet. Bei armutsbetroffenen Kindern können der Elternbeitrag und der Eigenanteil beim Mittagessen über das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes bezuschusst werden (allerdings auch wieder nur bis zu einer gewissen Obergrenze).

Inflation und hohe Tarifabschlüsse

Die hohe Inflation und steigende Kosten bringen die Träger in die Bredouille: Die Pauschalen des Landes für das aktuelle Schul-

jahr wurden fast zeitgleich mit dem Tarifabschluss im Sozial- und Erziehungsdienst festgelegt, jedoch ohne diesen zu berücksichtigen. Den Tarifabschluss hatte die Caritas inhaltlich nachvollzogen.

Immense Refinanzierungslücke

Auch die kommunale Vergütungsanpassung für die Beschäftigten in Höhe von drei Prozent wurde nicht korrigiert, da die kriegsbedingte Inflationsrate im Frühsommer letzten Jahres noch nicht so hoch war. Etliche Kommunen weigern sich zwischenzeitlich, die Vergütungen anzupassen, mit der Begründung, ein Ratsbeschluss sei nicht zu erwirken, wenn nicht gleichzeitig auch das Land die Fallpauschalen entsprechend anpasse. Daraus ergibt sich eine immense Refinanzierungslücke.

Die Folge: Die Einrichtungen kürzen, wo sie können: „Die Frühbetreuung fällt weg“, schreibt eine Einrichtungsleitung. Springer für Personalausfälle fielen weg, qualifiziertes (und damit teureres) Fachpersonal könne

nicht mehr eingestellt werden, der Krankenstand sei hoch, Stellen blieben unbesetzt, bei Eltern - und manchmal auch bei den Schulen - wachse das Unverständnis.

Forderungen richten sich also an das Land Nordrhein-Westfalen und gleichzeitig an die Kommunen. Sie sollen den finanziellen Rahmen für den Bereich des Offenen Ganztags so gestalten, dass die Träger ihre Angebote finanziell abgesichert fortführen können. Dazu gehört auch eine ausreichende Finanzierung des Overheads, der bisher gesetzlich nicht festgelegt ist. Ansonsten ist zu befürchten, dass Träger sich aus diesem bedeutsamen Aufgabenfeld zurückziehen werden.

Wenn jetzt oder in Kürze etlichen Trägern die Luft ausgeht, wäre das für die offene Hand vor dem Hintergrund des zukünftigen Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ein gewaltiges Eigentor. Eine Ausdünnung des OGS-Angebotes kann mit Blick auf die angespannte schulpolitische Lage keinesfalls im Interesse von Kommunen und Land sein. Der Bedarf an qualifizierter Ganztagsbetreuung von Kindern wächst unzweifelhaft. Ohne verlässliche Angebote gerät das Ziel einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wie auch das Ziel eines chancengerechten Aufwachsens aller Kinder außer Reichweite.

Caritas-Träger müssten aufgeben

Vorstellbar wäre allerdings, dass nur noch die Träger am Markt bleiben, die nicht tarifgebunden vergüten. Caritas-Angebote, die nach Tarif zahlen und damit höhere Personalkosten haben, müssten aufgeben. Dies würde dazu führen, dass der Anspruch auf ein verlässliches und qualitativ hochwertiges Bildungsangebot ausgehöhlt würde, da die Beschäftigung von Fachkräften ohne Tarifbezahlung kaum vorstellbar wäre.

Deswegen fordern die katholischen Träger eine ausreichende Refinanzierung der Tarif- und Kostensteigerungen und eine zügige und spürbare Erhöhung des Landeszuschusses für den Offenen Ganztags, die über die bisherige bereits eingeplante Dynamisierung der Pflichtbeiträge hinausgeht. „Zeitnah nötig sind Lösungsvorschläge von politischer Seite, um den Ausstieg von Trägern zu verhindern“, sagt ein Trägervertreter. 

MARKUS LAHRMANN

 **Siehe Kommentar auf Seite 3.**



Caritas-Träger betreiben in NRW rund 700 Einrichtungen des Offenen Ganztags, an denen ca. 43450 Kinder von etwa 5500 Mitarbeitenden (davon ca. 1800 qualifizierte Fachkräfte) betreut und gefördert werden. Manche OGS platzen aus den Nähten, sodass Lärm oft zu einem großen Problem wird, da es leider nicht genug Rückzugsorte gibt. Foto: Zelck

Wer Pauschalen nicht anhebt, spielt mit Bildungschancen von Kindern

Bildung ist wichtig.“ Wer würde diesen Satz nicht unterschreiben. Und dass er richtig ist, zeigt die Realität immer wieder. Gut gebildete Menschen finden eher einen Arbeitsplatz als diejenigen, die keine so guten Bildungsabschlüsse haben. „Bildung ist wichtig.“ Politiker in Bund, Land und Kommune werden nicht müde, diesen zweifellos richtigen Satz immer zu wiederholen. Allein: Die Behauptung der Politik wird leider nicht immer gedeckt von ihrem Handeln. Das geht schon viel zu lange so. Jüngstes Beispiel: Für die Offenen Ganztagschulen (OGS) in NRW hat das Land bei den Pauschalen den Tarifabschluss im Sozial- und Erziehungsdienst ebenso wenig berücksichtigt wie eine Korrektur der regelmäßigen Vergütungsanpassung von drei Prozent.

Unterm Strich bleibt: Qualifizierte OGS-Angebote von Trägern, die nach Tarif bezahlen - zu diesen gehören auch Träger der verbandlichen Caritas und anderer katholischer Anbieter -, drohen auf der Strecke zu bleiben. Mit weitreichenden Folgen: Viele Träger werden die Kostensteigerung nur kompensieren können, wenn sie Personal entlassen. Weniger Personal muss sich um die mindestens gleiche Anzahl von Kindern kümmern.

Darunter leidet die Qualität. In der Konsequenz heißt das: Vor allem die Kinder werden benachteiligt, die in der OGS ganz-

heitliche Bildung und Betreuung und Förderung erfahren. Benachteiligt werden auch deren Familien, die diese Angebote für ihre Kinder gerne nutzen und dringend benötigen, weil sie dort unter anderem Hausaufgaben machen können, ein Mittagessen erhalten, Förderung erfahren und vor allem außerunterrichtliche Bildung mit ihren Freunden erleben können.

Politische Weitsicht sieht meiner Ansicht nach anders aus. Einerseits fordert die Politik eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und größere Teilhabechancen für alle Kinder. Andererseits ist die Politik nicht bereit, dafür das notwendige Geld auf den Tisch zu legen. Wenn nicht noch vor Einführung des Rechtsanspruchs 2026 eine bessere Finanzierung erfolgt, werden viele Träger ihr OGS-Angebot aufkündigen müssen - zum Nachteil von Kindern und Familien. Eine Politik, die das mitmacht, zeigt, wie wichtig ihr Bildung tatsächlich ist. Wer so handelt, spielt mit den Bildungschancen und der Zukunft der Kinder und unserer Gesellschaft.

Das ist kurzsichtig und falsch. ❌

STEPHAN JENTGENS, DIÖZESAN-CARITASDIREKTOR AACHEN

✉ direktor@caritas-ac.de

27. MAI BIS 17. JUNI

Sommersammlung von Caritas und Diakonie

„Mut zur Hoffnung“ lautet das Motto der diesjährigen Sammlung von Caritas und Diakonie. Vom 27. Mai an sind wieder Tausende ehrenamtliche Sammlerinnen und Sammler unterwegs. Der weit überwiegende Teil der Spenden bleibt für die soziale Arbeit vor Ort – in den Pfarrgemeinden und den örtlichen Caritasgruppen und -verbänden.

Braucht es Mut zur Hoffnung - oder ist es umgekehrt? Wer hofft, dass etwas gut oder besser werden kann, zieht daraus Mut und Kraft. Wer hofft, blickt mit Zuversicht auf das Morgen.

Angesichts von Krieg, Folgen des Klimawandels oder persönlichen Schicksalsschlägen fällt es uns oft schwer, hoffnungsvoll nach vorne zu schauen. Und noch schwerer ist es, von der eigenen Hoffnung zu sprechen und die eigene Zuversicht öffentlich zu bekennen: Zu schnell wird man dann als naiv oder utopistisch ausgelacht.

Es braucht Mut zur Hoffnung. Das hat Paulus schon der Gemeinde in Rom ins Gewissen geschrieben: Durch die Aussagen der Bibel werden wir ermutigt, bis sich unsere Hoffnung erfüllt (Römer 15,4). Die Botschaft, dass Gott bei uns ist, macht uns Mut zur Hoffnung.

Darin wurzelt auch das Engagement von Diakonie und Caritas. Wir stehen Menschen in Krankheit, Not, Einsamkeit und Unrecht zur Seite. Wir wollen ihnen durch Gottes Botschaft und unsere tatkräftige Hilfe wieder Mut zur Hoffnung machen. Da-



mit sie sich trauen, zuversichtlich nach vorne zu schauen.

Dabei können auch Sie mithelfen: Mit Ihrem Engagement für die gemeinsame Sammlung von Caritas und Diakonie machen Sie Mut zur Hoffnung - wir freuen uns, wenn Sie uns unterstützen! ❌ ILKA HAHN
🏠 www.wirsammeln.de

TAG DER PFLEGE

Fakten statt Vorurteile

In der Pflege verdient man nichts; die Arbeitszeiten ermöglichen keine Vereinbarkeit von Beruf und Familie; bis zur Rente in der Pflege zu arbeiten, ist körperlich nicht machbar. - So lauten drei von vielen Vorurteilen über die Pflegeberufe. Zusammen mit Pflegekräften aus Einrichtungen der Caritas stelle ich diese und weitere Falschaussagen anlässlich des Tags der Pflege am 12. Mai richtig. Denn es gibt so viele gute Gründe, einen Pflegeberuf zu ergreifen. Doch bleiben sie angesichts des berechtigten und wichtigen Diskurses um den Arbeitskräftemangel zurzeit oft ungehört. Dabei könnten sie ein Teil der Lösung sein.

Dass es Lösungen braucht, um auch in Zukunft allen Menschen gerecht werden zu können, die medizinische oder pflegerische Hilfe brauchen, ist unstrittig. Das gilt besonders auch für den Bereich der Altenhilfe. Darum wird es auch beim dritten Altenhilfekongress der Caritas im Bistum Münster am 10. Mai gehen. 300 Führungs- und Pflegekräfte diskutieren mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Politik darüber, wie das System der Altenhilfe stabiler werden kann - etwa durch Konzepte zu Personaleinsatz, Personalsteuerung und Generationenmanagement.

Unstrittig bleibt aber, dass die Altenhilfe, wie wir sie heute kennen, angesichts der stark wachsenden Zahl an Pflegebedürftigen so nicht zukunftsfähig ist. Was wir aber wissen: Pflege ist zukunftssicher. Wer in der Pflege arbeitet, muss sich keine Gedanken um einen sinnstiftenden Arbeitsplatz machen und kann sich im Prinzip aussuchen, wo er tätig sein möchte. Darauf macht die Aktion „Viele gute Gründe für die Pflege“ aufmerksam. 

PIA STAPEL, DIREKTORIN DER CARITAS
IM BISTUM MÜNSTER

 stapel@caritas-muenster.de

 www.caritas-muenster.de/gute-gruende

KRITIK AM GESUNDHEITSMINISTER

„Leiharbeit in der Pflege muss begrenzt werden“

Kritik an Äußerungen aus dem Landesgesundheits- und Arbeitsministerium von Minister Karl-Josef Laumann (CDU) zur Leiharbeit in der Pflege üben die Träger der katholischen Altenhilfe im Erzbistum Paderborn. Das Ministerium hatte Forderungen der Freien Wohlfahrtspflege NRW nach einer Begrenzung der Zeitarbeit zurückgewiesen.

Die Träger von Altenhilfe-Einrichtungen werden stattdessen aufgefordert, neue Konzepte zu erarbeiten, ohne zu klären, wer das eigentlich alles zahlen soll“, kritisiert Tobias Berghoff, Vorsitzender der Diözesan-Arbeitsgemeinschaft Gesundheits- und Altenhilfe im Erzbistum Paderborn, die rund 210 Altenheime und Tagespflegen sowie 125 Sozialstationen mit insgesamt über 13000 Beschäftigten vertritt. „Letztendlich stiehlt sich die Politik damit aus der Verantwortung und schiebt die Lösung des Themas Personalmangel in die alleinige Zuständigkeit der Träger, die in einem stark reglementierten Bereich arbeiten. Der Versorgungsauftrag liegt aber nicht bei den Trägern, sondern bei der Politik“, sagt Berghoff.

Leiharbeit ist doppelt so teuer

Aufgrund des Fachkräftemangels nehme der Anteil von Zeitarbeit in der Pflege stetig zu, obwohl Zeitarbeit nur als Lückenbüßer gedacht sei, etwa um hohe Krankenstände auszugleichen. Etwa in der Hälfte aller Einrichtungen der Alten- und Gesundheitspflege ist Leiharbeit nach Einschätzung der Caritas-Träger inzwischen an der Tagesordnung, wobei Arbeitgeber für die Leiharbeit etwa das Doppelte wie für Festangestellte zahlen müssen. Die Mehrkosten werden allerdings nicht durch die Krankenkassen aufgefangen. Als Alternative zur Leiharbeit bleibt Trägern von Altenheimen sonst nur die Schließung von Stationen.

„Gute Qualität zu gewährleisten, wird unter diesen Bedingungen immer schwieriger“, sagt Tobias Berghoff, zugleich Vorstand des Caritasverbandes Dortmund. Da Zeitarbeit auch aus Sicht des Ministeriums kein geeignetes Instrument zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege sei, müssten auch entsprechende Konsequenzen gezogen werden, meint Berghoff. Wenn die Politik nicht für bessere Rahmenbedingungen Sorge, werde der kostspielige Ein-



Pflegesituation im St. Josefshaus Witten

Foto: Pohl

satz von Leiharbeit letztlich zulasten der Altenheim-Bewohner und der Sozialhilfeträger gehen. Berghoff ruft daher zu einem gemeinsamen Vorgehen auf. „Abblocken und Verschieben von Verantwortung sind nicht hilfreich. Am Ende steht: Wir brauchen auch in der Politik Mut, endlich eine Reform der Pflegeversicherung anzugehen, die die Steigerung des Eigenanteils verhindert - unabhängig von Legislaturperioden. Wir sind bereit, daran mitzuarbeiten.“

Vermittlungsprämien untersagen

Kernforderung der Freien Wohlfahrtspflege ist die Deckelung der Höhe der Bezahlung für Leiharbeit, beispielsweise auf das eineinhalbfache Gehalt einer fest angestellten Kraft, wobei die höheren Kosten von den Krankenkassen übernommen werden sollten. Zusätzliche Vermittlungsprämien müssten untersagt oder eingeschränkt werden. Wenn es nach der Caritas gehe, müssten die Zeitarbeitsfirmen zudem dazu verpflichtet werden, mit ihren Kräften auch unbeliebte Arbeitszeiten abzudecken. Derzeit diktieren Leiharbeitskräfte ihre Wunscharbeitszeiten, sodass die Festangestellten zusätzlich durch Wochenendarbeit und Nachtschichten belastet werden. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft fordert mittelfristig das Verbot der Leiharbeit in Pflege und ärztlichem Dienst. 

Personalnotstand in Kitas

Die von der Landesregierung auf den Weg gebrachten Ad-hoc-Maßnahmen zum Umgang mit dem akuten Fachkräftemangel in der Kindertagesbetreuung sieht der Caritasverband Essen lediglich als eine kurzfristige Lösung. Der Einsatz von nicht pädagogischem Personal, Quereinsteigern oder jungen FSJlern dürfe nicht langfristig zulasten der pädagogischen Qualität gehen, so Anke Lang vom Diözesan-Caritasverband Essen. Sonst könne das gesetzlich verankerte Recht auf Bildung und Teilhabe nicht für alle Kinder gewinnbringend umgesetzt werden. Das Arbeitsfeld „Kindertageseinrichtung“ müsse attraktiv bleiben: „Das drückt sich nicht allein im Gehalt aus, sondern insbesondere auch in einem besseren Personalschlüssel im Verhältnis von Kindern zu Fachkräften“, so Lang. ◀

Aktionstage Werkstatträte

Vom 22. bis 24.05.2023 finden die Aktionstage der Werkstatträte Deutschland in Berlin statt. Die LAG der Caritas-Werkstatträte in NRW unterstützt die Forde-

rungen von Werkstatträte Deutschland nach einem auskömmlichen Entgelt für Werkstattbeschäftigte. Caritas-Werkstatträte werden in Berlin an Workshops zu Themen wie Weiterentwicklung der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung (WMVO), Entgelt und Selbstvertretung in Werkstätten teilnehmen. Am 24.05. wollen die Werkstatträte vor dem Reichstag in Berlin die Politik auf die angespannte Lage in Werkstätten aufmerksam machen. ▶

🏠 www.werkstattraete-deutschland.de

Kindergrundsicherung zügig einführen

Die Caritas in NRW hat entschiedene Schritte zur Einführung der Kindergrundsicherung gefordert. „Die Ampel-Regierung sollte interne Klärungen erledigen und Tempo machen, um die Kinderarmut besser zu bekämpfen“, sagte Dr. Frank J. Hensel, Sprecher der Diözesan-Caritasdirektoren in NRW. Ausgerechnet die Zukunftsinvestition Kindergrundsicherung finanzpolitisch aufzuhalten, sei fortschrittsfeindlich und unverantwortlich. ▶

Zeitzeugen gesucht

Der Caritasverband für die Diözese Mainz arbeitet die Geschichte der von ihm getragenen Kinderkurheime in Allerheiligen und Bad Nauheim auf und sucht in diesem Zusammenhang nach Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Ehemalige sogenannte Kurkinder (auch Verschickungskinder genannt), Angehörige, damalige Arbeitskräfte, Praktikanten oder Nachbarn sind aufgerufen, Informationen und Bilder zur Verfügung zu stellen. Das Kinderkurheim Allerheiligen im Schwarzwald war von 1947 bis 1978 in Trägerschaft des Verbandes, von 1926 bis 1968 war der Verband für die Kinderheilstätte St. Josef in Bad Nauheim in Hessen verantwortlich. In die Einrichtungen wurden Kinder und Jugendliche geschickt, um sich zu erholen, viele stammten aus Nordrhein-Westfalen. Viele litten unter Heimweh, Ängsten, Grenzverletzungen und Misshandlungen. Es gab auch Fälle von sexuellem Missbrauch. Das soll jetzt mit einer Studie aufgearbeitet werden. ▶

☎ 061 31/2826-293

✉ intervention@caritas-bistum-mainz.de

DREI JAHRE GENERALISTISCHE PFLEGE

Neue Pflegeausbildung hat sich bewährt

Der Caritasverband für das Erzbistum Paderborn zieht zum Ende der ersten generalistischen Pflegeausbildung ein positives Fazit. Die ersten 1000 Absolventinnen und Absolventen der 18 Schulen für Gesundheits- und Pflegeberufe starten in diesem Jahr in ihr Berufsleben.

Eine gemeinsame Ausbildung für die Pflege in Krankenhäusern, Altenheimen und Kinderkrankenhäusern - erst 2020 wurde diese gemeinsame sogenannte generalistische Pflegeausbildung eingeführt. „Die Einführung der generalistischen Pflegeausbildung war richtig und hat sich auch bewährt“, sagt Eva Maria Müller vom Caritasverband für das Erzbistum Paderborn. Und das, obwohl der Start in die neue Ausbildung ausgerechnet in die Anfangsphase der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden Lockdown-Situation fiel.

Die neue Ausbildung habe den Pflegeberuf für junge Menschen deutlich attraktiver gemacht, so die ersten Umfragen unter den Auszubildenden. „Angesichts des Nach-

wuchsmangels in allen Ausbildungsberufen ist das ein erfreuliches Zeichen“, sagt Eva Maria Müller. Die Attraktivität des Pflegeberufes müsse weiter gesteigert werden. Dazu gehöre auch, dass professionell Pflegende das tun könnten, wozu sie ausgebildet worden sein, andere Aufgaben auf Assistenzkräfte verlagert würden und dass die Bürokratie reduziert werde.

„Die immer noch gegenwärtige Misstrauenskultur, die die Pflege mit zeitraubender Bürokratie überzieht, muss sich dringend ändern. Wir brauchen Vertrauen in das Verantwortungsbewusstsein der Pflegenden und der Verantwortlichen aufseiten der Träger“, sagt Müller. Das werde auch den Pflegeberuf attraktiver machen. ▶



AUFTAKT ZUR JAHRESKAMPAGNE

Klimaschutz sozial gerecht gestalten

Der Klimafußabdruck der einkommensstärkeren Haushalte übersteigt den der ärmeren um das Fünfzehnfache, so der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank J. Hensel bei der Vorstellung der Caritas-Kampagne „Für Klimaschutz, der allen nutzt“. Es sei deshalb „sozial ungerecht“, wenn ausgerechnet diejenigen von Subventionen der Politik am stärksten profitierten, die das Klima am meisten belasteten.

Hensel nannte Beispiele: Während Subventionen wie eine Spritpreisbremse für überwiegend Besserverdienende geschaffen worden seien, blieben Forderungen nach einer Busticketbremse oder einer Mietbremse nach energetischer Sanierung aus. Das verschärfe die ökologische Klimakrise und die soziale Exklusion, so Hensel. Beides greift die Caritas-Kampagne auf, in deren Mittelpunkt die fiktive Figur Jenny steht. Sie repräsentiert all jene, die von einem konsequent umgesetzten Klimaschutz sofort profitieren würden. ◀

STUDIE ZU DISKRIMINIERUNG

Eine Stimme für Wohnungslose

Eine aktuelle Studie möchte die Erfahrungen von wohnungslosen Menschen bei der Wohnungssuche erfragen. Initiiert wurde die Studie von Arnd Liesendahl und Michael Müller, die selbst lange Zeit wohnungslos waren. Auf der Suche nach einer Wohnung haben sie verschiedene diskriminierende Erfahrungen gemacht und andere Barrieren erlebt. Mit einer wissenschaftlichen Studie möchten sie dieses Phänomen jetzt systematisch untersuchen. Dafür arbeiten sie zusammen mit Prof. Dr. Christoph Gille und Prof. Dr. Anne van Rießen von der Hochschule Düsseldorf.

Zwar kennen viele Sozialexperten Schilderungen von Diskriminierungen und anderen Barrieren während der Wohnungssuche wohnungsloser Menschen. Systematische Studien dazu gibt es aber noch nicht. Die Studie will deswegen dazu beitragen, diese Erfahrungen genauer zu erkunden, sichtbar zu machen und woh-

nungspolitische Konsequenzen daraus zu ziehen.

Menschen, die wohnungslos sind oder waren, sind eingeladen mitzumachen. Die Initiatoren bitten, diese Informationen weiterzugeben, auf die Studie aufmerksam zu machen und Betroffene mit Zugang zum Internet und beim Ausfüllen der Befragung zu unterstützen. ◀

www.diskriminierungneindanke.de



Adoptionsvermittlung gefährdet

Mehr Rechte für Adoptierte und eine bessere Begleitung für Familien vor, während und nach einer Adoption – dafür sorgt das reformierte Adoptionshilfe-Gesetz. Verpasst wurde nach Ansicht der Caritas jedoch, die freien, zumeist konfessionellen Adoptionsvermittlungsstellen finanziell abzusichern.

Der Qualitätsanspruch soll steigen, gleichzeitig fehlt eine entsprechende Refinanzierung – das ist wirtschaftlich nicht zu stemmen“, warnt Claudia Brinken vom Kölner Diözesan-Caritasverband. „Wir appellieren daher an das Land NRW, die Träger Vielfalt zu sichern.“

Schon seit Jahren sei ein Sterben der freien Adoptionsvermittlungsstellen zu beobachten, die im Gegensatz zu den kommunalen Jugendämtern keinerlei öffentliche Mittel für die Übernahme staatlicher Aufgaben erhielten. Allein in Nordrhein-Westfalen arbeiten 14 von insgesamt 20 freien Adoptionsvermittlungsstellen in Trägerschaft der Caritas und ihrer Fachverbände.

„Für Mütter, die ihre Kinder nach der Geburt abgeben, wird es immer schwieriger, eine nichtbehördliche Adresse zu finden, an

die sie sich vertrauensvoll wenden können“, sagt Claudia Brinken, Referentin für Adoptions- und Pflegekinderdienste und Frühe Hilfen. Oft begleiten die Beratungsstellen der Caritas Frauen und Männer lange vor der Geburt. „So entstehen intensive, vertrauensvolle Kontakte, die unheimlich wichtig sind. Das können die wenigsten kommunalen Adoptionsdienste bieten“, stellt Brinken heraus. Dies gelte auch für die enge Nachbegleitung, die Adoptivfamilien nach der Adoption offenstehe.

Kooperationsvereinbarungen mit Jugendämtern könnten Stärken bündeln – zugunsten aller an einer Adoption Beteiligten. Brinken: „Leider gibt es diese in NRW jedoch nur an zwei Standorten, da viele Jugendämter auf ihrem Sicherstellungsauftrag hoheitlicher Aufgaben bestehen.“ ◀

caritas in NRW AKTUELL

Hubertusstr. 3, 40219 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 516066-20, Fax: 0211 / 516066-25
redaktion@caritas-nrw.de, www.caritas-nrw.de

Herausgeber:

Caritasverband für das Bistum Essen e. V.

Chefredakteur: Markus Lahrman

Titelfotos: BAG IDA

Abo-Fragen: Kevin Jandrey,

Tel.: 0211 / 516066-20, vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltungskonzept: skdesign, Köln

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung:

Bonifatius GmbH,

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,

Tel.: 05251/153-222, Fax: 05251/153-104

anzeigen@bonifatius.de

ISSN 1611-3527